

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	20/2021-2026
Datum	13.11.2023
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	17:30
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen

Müller, Leo

Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Sommer, Sabine
Steinraths, Frank
Winkler, Lukas Philipp

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

Bgo/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Krohn, Martin
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria
Zühlsdorf-Michel, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg
Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja
Korschinsky, Eva

es fehlt entschuldigt

Breustedt, Michelle
Gottsmann, Thomas
Hartmann, Niklas
Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Peller, Michael
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sitte, Kevin
Steinraths, Daniel
Wagner, Steffen

Prof. Dr. Danne, Harald
Betz, Karin abwesend
Nickel, Diethelm abwesend

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

Sitzungsteil B

TOP 3.

Beteiligungsbericht 2022
(VL-205/2023)

TOP 4.

Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen für den Erhalt der Burg Greifenstein
(VL-217/2023)

TOP 5.

Wirtschaftsplan 2024 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
(VL-202/2023)

TOP 6.

Wirtschaftsplan 2024 der Volkshochschule Lahn-Dill
(VL-214/2023)

Sitzungsteil C

TOP 7.

Abfall-Gebührenordnung des Lahn-Dill-Kreises/4. Änderungssatzung
(VL-203/2023)

TOP 8.

Finanzierung ÖPNV für Schülerinnen, Schüler und Azubis
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023
(A-52/2023)

TOP 9.

Refill-Deutschland
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023
(A-50/2023)

TOP 10.

Pilotprojekt zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023
(A-53/2023)

TOP 11.

Pimp your town
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023
(A-54/2023)

TOP 12.

Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages; Setzpunkte
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 25.09.2023
(A-59/2023)

TOP 13.

Wohnraum für Auszubildende
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 25.09.2023
(A-60/2023)

TOP 14.

Antisemitismus konsequent bekämpfen - Solidarität mit Israel
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.10.2023
(A-62/2023)

TOP 15.

Informationsveranstaltungen zu Wahlergebnissen
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.10.2023
(A-63/2023)

TOP 16.

Vorrang Sachleistungsprinzip für alle Asylbewerber
Antrag der AfD-Fraktion vom 23.10.2023
(A-64/2023)

TOP 17.

Gelbe Tonne
Antrag der AfD-Fraktion vom 23.10.2023
(A-65/2023)

TOP 18.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 20. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Andrea Biermann und die weiteren Mitglieder des Kreisausschusses. Der Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Danne sei für heute entschuldigt. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und bei Youtube.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 26. Oktober 2023 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden oder auf eigenen Wunsch digital zur Verfügung gestellt worden. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 9. November 2023 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 8. November 2023 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt weiter mit, dass nach Absprache im Ältestenrat der Tagesordnungspunkt 6 von Sitzungsteil B in Sitzungsteil C verschoben werde. Die Beschlussvorlage werde dort als TOP 7 aufgerufen. Der Tagesordnungspunkt 12 werde von der Tagesordnung abgesetzt, da der Ältestenrat im Sinne der Hauptsatzung die Geschäftsordnungsänderungen weiter beraten solle. Der Antrag verbleibe solange im Geschäftsgang.

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion „Auszahlung Agrarförderung“

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) begründet die Dringlichkeit damit, dass die Landwirtschaft sich in den letzten Jahren darauf habe verlassen können, dass ein Teil der staatlichen Fördergelder vor Weihnachten ausgezahlt werde. Sie seien hinsichtlich ihrer Einkommenssituation davon abhängig, so dass man sich jetzt für eine Auszahlung einsetzen müsse.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) spricht gegen die Dringlichkeit. Das Problem sei seit Monaten bekannt. Daher sei keine Dringlichkeit gegeben.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen, die laut HGO eine 2/3 Mehrheit erfordere:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

Die Dringlichkeit wird damit mehrheitlich verneint und der Antrag daher auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Cybersicherheit

Landrat Schuster teilt mit, dass man monatlich zwischen 1,5 Mio. und 2 Mio. unberechtigte Versuche verzeichne, in das Netzwerk einzudringen. Man sei gut aufgestellt, indem man ein 24/7 System eines IT-Sicherheitsleisters habe, der das Netzwerk rund um die Uhr im Auge behalte. Man habe außerdem eine Cyberversicherung, die am 31.12. auslaufe, da sie gekündigt worden sei. Es sei eine Deckungssumme von 5 Mio. € pro Schadenfall mit einem Eigenanteil von 50.000 € versichert. Die Jahresprämie liege bei 61.880 €. Man werde versuchen, eine neue Cyberversicherung auszusprechen.

Amtshilfeersuchen des Landrates des Landkreises Siegen-Wittgenstein

Zur Mitteilung des **Landrates Schuster** siehe Anlage!

Quartalsbericht

Landrat Schuster kündigt an, dass er in der Sitzung des HFWO am 15. Dezember den 3. Quartalsbericht vorlegen werde. Anstatt des geplanten Fehlbetrages von 7 Mio. € weise er im Ergebnishaushalt einen Null-Betrag aus. Dies liege an Bundes- und Landesmitteln, die die Aufwendungen in der Abteilung Soziales und Integration weitestgehend ergänzt und ausgeglichen hätten.

Demokratie leben

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand berichtet von einer Veranstaltung des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar am 14. November um 18 Uhr im Kreistagssitzungssaal. Sie finde im Rahmen der Aktion „Demokratie leben“ statt. Es werde eine Podiumsdiskussion für Demokratie und gegen Krieg mit Frau Prof. Dr. Andrea Gawrich (Justus-Liebig-Universität Gießen) sowie Frau Dr. Aylin Matlé (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) geben. Er lädt die Abgeordneten des Kreistages und Mitglieder des Kreisausschusses hierzu ein.

Flüchtlingssituation

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand teilt mit, dass man auch weiterhin alles versuche, bis zum Jahresende keinerlei Zuweisungen und Delegationen an die Städte und Gemeinden durchzuführen. Die Zuweisungszahlen der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung an den Lahn-Dill-Kreis sei nach wie vor hoch (30.10. 90 Personen, 06.11. 87 Personen, 13.11. 80 Personen). Momentan habe man 2.476 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften des Lahn-Dill-Kreises untergebracht. Die Zahl der gemeldeten Personen aus der Ukraine liege zurzeit bei 3.900 Menschen insgesamt (mit der Stadt Wetzlar). Die Einrichtung in Wetzlar, Bachweide, sei mit 155 von 250 Personen ausgelastet. In Rechtenbach liege man bei 119 Personen von 192. Man habe daher noch 185 Plätze in den Notunterkünften zur Verfügung. In den regulären Gemeinschaftsunterkünften stünden derzeit noch 311 freie Plätze zur Verfügung (Belegung von 88 %). Eine Auslastung von 95 % werde eingeplant.

Bildungsprojekte an Schulen

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann teilt mit, dass das Landesprojekt in 2023 auslaufe. Zielgruppe seien die weiterführenden Schulen gewesen. Auch im nächsten Jahr wolle man den Grundschulen sowie weiterführenden Schulen die Möglichkeit bieten, Bildungsprojekte im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz durchzuführen. Mittel für die Fortführung des Projektes „Prima-Klima-Schule“ an Grundschulen seien im Haushalt eingeplant. An den weiterführenden Schulen wolle man den Focus auf die Region und Akteure und Partnerinnen im Lahn-Dill-Kreis legen.

Prädikat „Vorbildlich Mobil“ für den Lahn-Dill-Kreis

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann teilt mit, dass der Lahn-Dill-Kreis von der IHK Lahn-Dill mit dem Prädikat „Vorbildlich Mobil“ ausgezeichnet worden. Grundlage für die Auszeichnung sei das Mobilitätsmanagement, geschaffene Anreize um mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren und das Jobticket. Nun wolle man anderen Arbeitgebern im Lahn-Dill-Kreis die Möglichkeit geben, sich zu zertifizieren. Zu diesem Zweck habe man eine Kooperation mit der IVM GmbH abgeschlossen.

Zukünftig wolle das Mobilitätsmanagement mit der Wirtschaftsförderung aktiv darauf hinarbeiten, dass sich weitere Unternehmen dem Projekt „Besser zur Arbeit“ anschließen würden.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Landtagswahlen

Vorsitzender Volkmann (CDU) gratuliert den Landtagsabgeordneten, die am 8. Oktober aus der Mitte des Kreistages in den Hessischen Landtag gewählt worden seien: Jörg-Michael Müller, Frank Steinraths, Stephan Grüger, Dr. Matthias Büger und Lothar Mulch.

Feststellungen zur Nachbesetzung der Fachausschüsse

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Abgeordnete Hartmann (B90/Die Grünen) den Umweltausschuss verlasse. Für ihn rücke der Abgeordnete Krohn in den Umweltausschuss nach. Der Abgeordnete Krohn (B90/Die Grünen) verlasse wiederum den Sozialausschuss. Für ihn rücke die Abgeordnete Dr. Rinn (B90/Die Grünen) in den Sozialausschuss nach.

Verwaltungsstreitverfahren AfD-Fraktion gegen den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass die AfD-Fraktion zwischenzeitlich gegenüber dem Verwaltungsgericht erklärt habe, dass das Hauptsacheverfahren fortgeführt werde (das Eilverfahren sei bereits im Oktober beendet worden, nachdem die AfD-Fraktion ihre Beschwerde gegen die ablehnende Entscheidung des VG Gießen zurückgenommen hatte).

Zu TOP 2. Fragestunde

Vorsitzender Volkmann (CDU) trägt vor, dass eine Frage des Abgeordneten Mulch (AfD) zum Einsatz von Sicherheitsdiensten bei der Migrantenunterbringung vorliege.

Abgeordneter Mulch (AfD) führt aus, dass der Lahn-Dill-Kreis sowohl in 2022 als auch im laufenden Jahr mit mehreren Kommunen Standortvereinbarungen für Containerunterkünfte getroffen habe, in denen Migranten untergebracht worden seien bzw. würden. Weitere Projekte mit demselben Verwendungszweck seien im Planungsstadium. Bestandteil dieser Vereinbarungen sei immer auch ein Sicherheitskonzept, das den Einsatz von externen Sicherheitsdiensten vorsieht.

Frage:

Welche Kosten, aufgeschlüsselt nach Unterkunft und Kommune, sind dem Lahn-Dill-Kreis in den Jahren 2022 und 2023 durch den Einsatz externer Sicherheitsdienstleister im Zusammenhang mit der Migrantenunterbringung entstanden.

Zusatzfrage:

Aufgrund welcher Gefährdungslage ist der Einsatz solcher Sicherheitsdienste in dem vorhandenen Umfang überhaupt erforderlich?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand antwortet:

Für die Beauftragung externer Sicherheitsdienstleister im Zusammenhang mit der Unterbringung geflüchteter Menschen seien folgende Kosten entstanden:

Haushaltsjahr 2022

Kommune / Objekt	Kosten
Driedorf, Ankunftszentrum Heisterberg	141.166,73
Haiger, Paradeplatz	86.670,68
Herborn, Comeniusschule	78.059,24

Wetzlar, Ankunftszentrum Kestnerschule	973.625,32
Wetzlar, Finsterloh	280.732,90

Haushaltsjahr 2023

Kommune / Objekt	Kosten
Driedorf, Ankunftszentrum Heisterberg	878.424,68
Haiger, Paradeplatz	1.670.025,18
Hüttenberg, Festplatz Rechtenbach	109.384,80
Wetzlar, Finsterloh	1.322.211,38
Wetzlar, Bachweide	7.114,15
Herborn, Littau	1.670,57

Zur Zusatzfrage:

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand antwortet, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 31.05.2023 die „Kooperation mit Kommunen“ zur Beschaffung von Flüchtlingsunterkünften beschlossen habe. Der Beschluss beinhalte eine Sonderregelung für große Einrichtungen dergestalt, dass bei einer Einrichtungsgröße mit mehr als 150 Plätzen der Lahn-Dill-Kreis allein die Betreiberaufgaben übernehme und einen Sicherheitsdienst und eine Vor-Ort-Präsenz im notwendigen Umfang einsetze.

Sitzungsteil B

Zu TOP 3.
Beteiligungsbericht 2022
VL-205/2023

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4.
Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen für den Erhalt der Burg Greifenstein
VL-217/2023

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5.
Wirtschaftsplan 2024 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
VL-202/2023

Beschluss:
Dem Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft Lahn-Dill für das Geschäftsjahr 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür
63 Ja-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)
7 Nein-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Zu TOP 6.

Wirtschaftsplan 2024 der Volkshochschule Lahn-Dill
VL-214/2023

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan der Volkshochschule Lahn-Dill für das Geschäftsjahr 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

64 Ja-Stimmen (20 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

1 Nein-Stimme (fraktionslos)

6 Enthaltungen (AfD)

Sitzungsteil C

Zu TOP 7.

Abfall-Gebührenordnung des Lahn-Dill-Kreises/4. Änderungssatzung
VL-203/2023

Abgeordneter Mulch (AfD) sieht Gebührenerhöhungen in dieser Größenordnung als kritisch an. Wenn man den Kalkulationszeitraum ändere und im jährlichen oder zweijährlichen Rhythmus kalkuliere, könne man der Bürgerschaft den Gebührenhammer ersparen. Wenn eine 30%ige Gebührenerhöhung so verkauft werde, dass man auf Jahressicht noch spare, wenn man die Tonnen weniger leeren lasse, halte er dies für unverschämt.

Abgeordneter Dworschak (B90/Die Grünen) weist darauf hin, dass man die Gebühren nicht erhöhen wolle, sondern müsse. Grund hierfür sei ein geänderter Tarifvertrag und eine erhöhte CO₂ Besteuerung. Er stellt richtig, dass die Gebührenerhöhung für die schwarze Tonne anders als vom Vorredner dargestellt nicht bei 30 % liege, sondern bei 31,3 % (braune Tonne: 12,2 %, blaue und gelbe Tonne: 0% und weiterhin kostenfrei). Bei maximaler Nutzung der Leerungen steige der Preis lediglich um 13,4 %. Bei Entscheidung für die Mindestleerungen spare man sogar. Dies schaffe einen Anreiz, Müll zu sparen. Für den Gebührenzahler sehe er es als positiv an, dass man für einen 4-Jahreszeitraum planen könne.

Abgeordneter Ludwig (FWG) dankt der Abfallwirtschaft für die rechtzeitige Vorlage einer Gebührenkalkulation. Es sei ihm wichtig, dass über Gebühren über einen längeren Zeitraum verlässlich erhoben würden. Der Umfang der Gebührenerhöhung sei nicht hausgemacht, sondern liege an einer höheren CO₂-Abgabe.

Abgeordneter Berns (FDP) erinnert daran, dass das Corona-Jahr ein Aufräumjahr gewesen sei, was zu hohen Abfallmengen geführt habe. Diese seien Grundlage für den Wirtschaftsplan in 2023 gewesen. Es werde jedoch weniger Abfall angeliefert, als geplant. Bei einem Wirtschaftsplan, der zu 71 % aus einem hoheitlichen Gebührenteil bestehe, zeige ein von 580.000 € auf 533.000 € zurückgehende Betriebsergebnis, dass Gebührentatbestände trotz steigender Kosten aufgefangen würden. Die Abfallwirtschaft wirtschaftete also gut. Zur rund 30%igen Gebührenerhöhung sagt er, dass diejenigen, die bisher schon mit Regelleerungen bei Rest- und Bioabfall ausgekommen seien, ab 2024 bei erwünschten 10 Leerungen für die graue Tonne lediglich 5,99 € pro Jahr mehr zahlten (5,97 %) und bei der braunen Tonne 2,20 € (1,54 %). Zum Kalkulationsrhythmus führt er an, dass ein jährlicher Einsatz von Wirtschaftsprüfern hohe Kosten verursachen würde.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt fest, dass niemand Gebühren erhöhen wolle, wenn dies nicht zwingend notwendig sei. Im Ergebnis werde es mit Ausnahmen an verschiedenen Stellen teurer. Das Gesamtvolumen des Mülls habe sich leider nicht zufriedenstellend entwickelt. Es gebe ein Gesetz über Kommunale Abgaben sowie ein Eigenbetriebsgesetz, das eindeutig regele, dass für Einrichtungen kostendeckende Gebühren erhoben werden müssten. Auch wenn es weh tue, habe man eine gesetzliche Verpflichtung für kostendeckende Gebührenkalkulationen. Im Kreistag habe man keine andere Wahl, als dafür zu sein.

Landrat Schuster spricht sich dafür aus, für Populismus ebenfalls einen Mülleimer aufzustellen. Der Prozentsatz der Gebührenerhöhung klinge hoch, umfasse bei der 120L Tonne jedoch eine nur eine Steigerung von 2,14 € auf 2,67 €. Wenn man 10-mal leeren lasse, lägen die Gebührenerhöhung bei 6,70 € im Jahr. Anders als bei Steuern stünde bei Gebühren eine unmittelbare, nachvollziehbare und prüfbare Dienstleistung an die Bürgerschaft gegenüber. Die Leerung der gelben Tonne sei privat organisiert. Dennoch werde man auch dort mit der Abfallwirtschaft eingreifen, wo es nicht funktioniere. Insgesamt habe man ein hochleistungsfähiges Dienstleistungssystem, das eine Familie mit einem 120 Liter-Gefäß 203,86 € jährlich koste.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Abfall-Gebührenordnung des Lahn-Dill-Kreises vom 09.09.2013 in der Fassung vom 04.11.2019 zur Neufestsetzung der Abfallgebühren im Lahn-Dill-Kreis ab 01.01.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

63 Ja-Stimmen (20 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 1 DIE LINKE)

7 Nein-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

1 Enthaltung (DIE LINKE)

Zu TOP 8.

Finanzierung ÖPNV für Schülerinnen, Schüler und Azubis

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

A-52/2023

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) spricht sich dafür aus, dass alle Schülerinnen und Schüler sowie Azubis im Lahn-Dill-Kreis für einen Nulltarif den ÖPNV und ohne Einschränkungen nutzen könnten. Sie sehe dies als eine Investition in die Zukunft an, da man auch finanziell schlechter gestellten Schülerinnen und Schülern Teilhabe an Schule und Bildung ermögliche. Auch bei der Auswahl eines Ausbildungsplatzes werde man sich danach entscheiden, ob man kostenlos über den ÖPNV, zur Schule kommen könne. Auf diese Weise könne ein Fach- und Ausbildungsmangel bekämpft werden und auch die Verkehrswende unterstützt werden.

Erster Kreisbeigeordneter Esch findet ein kostenloses ÖPNV-Ticket ohne Einschränkungen nicht schlecht. Man müsse sich jedoch an gesetzliche Regelungen halten. Grundlage der Schülerbeförderung sei § 161 des Hess. Schulgesetzes. Dieser regle, dass Schülerbeförderungskosten nur bis zur nächstgelegenen Schule übernommen würden, sofern eine Beförderung aufgrund der Entfernung notwendig sei. Zur Finanzierung dieser Aufgabe sei man nach gesetzlich verpflichtet. Die darüber hinaus gehende kostenfreie Nutzung des ÖPNV für die ganze Schülerschaft im Kreis seien freiwillige Leistungen. Bei den aktuellen Preisen müsse man hierfür 11.882.000 € an Kosten einkalkulieren. Dies würde zu einer Erhöhung der Kreisumlage um 2,8

Punkte oder der Schulumlage um 2,5 Punkte führen. Auch die Grenzen für freiwillig Leistungen würde bei weitem überschritten.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) findet den Antrag ebenfalls sympathisch. Man könne es sich aber schlichtweg nicht leisten. Er rechne damit, dass Schülerbeförderungskosten ab 2024 sogar noch teurer werden würden. Der Schattenpreis für die Busfahrkarte könne dann bei 538 € liegen, so dass man noch mit erheblich höheren Kosten rechnen müsse. Die Kosten für die Tickets für Azubis seien in dieser Rechnung noch gar nicht einbezogen. Angesichts dieser Zahlen sei es überflüssig ein Finanzierungskonzept zu erstellen.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt fest, dass der richtige Ort für die Diskussion die Landesebene sei. Grundsätzlich gebe er den Vorrednern recht, könne für die Schulen aber sagen, dass kein Schüler Beförderungskosten zu schulischen Veranstaltungen selbst tragen müsse. Diese würden vielmehr vom Staat getragen. Kein Kind sei somit von schulischen Veranstaltungen ausgeschlossen. Bei den Auszubildenden sei dies die Aufgabe des Arbeitgebers. Der Kreis finanziere als Arbeitgeber etwa die Kosten für die persönliche Mobilität (Jobfahrrad, Jobticket). Der Antrag könne also dazu führen, dass man Tickets von Auszubildenden finanziere, die ein Firmenfahrzeug zur Verfügung hätten. Es müssten mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen. Hierin sehe er aber keine Zuständigkeit des Kreises.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten, um allen Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden im Lahn-Dill-Kreis die kostenfreie Nutzung des in ganz Hessen gültigen Schüler:innentickets für den ÖPNV zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

2 Ja-Stimmen (DIE LINKE)

69 Nein-Stimmen (20 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 9.

Refill-Deutschland

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.09.2023

A-50/2023

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) spricht die Auswirkungen von Hitzewellen, Dürren und anderen Extremwetterlagen an, denen man in den letzten Jahren ausgesetzt gewesen sei. Eine Folge dieser Ereignisse sei Dehydration. Der Kreis solle hier vorbeugend tätig werden, indem er dem Projekt „Refill Deutschland“ beitrete. Gebäude und Einrichtungen des Kreises würden dann mit einem Aufkleber im Eingangsbereich ausgestattet, der die Bürgerschaft informiere, dass man dort kostenlos eine mitgebrachte Flasche Wasser auffüllen lassen könne. Für die weitere Umsetzung des Projektes in Betrieben, Einrichtungen und Geschäften solle geworben werden. Dies würde auch zu einer finanziellen Entlastung der Krankenkassen führen und Müllmengen reduzieren. Ein kommunaler Hitzeaktionsplan könnte mit der Maßnahme ergänzt werden.

Abgeordneter Dworschak (B90/Die Grünen) bewertet den Antrag als sympathisch. Refill sei eine bundesweite Initiative zur Vermeidung von Müll, indem an Refill-Stationen Leitungswasser kostenlos in mitgebrachte Trinkgefäße ausgeteilt werde. Er stellten sich jedoch Fragen, etwa nach

den konkreten Orten, an denen Leitungswasser abgezapft werden könne, so dass er weiteren Beratungsbedarf sehe. Er beantragt daher, den Antrag zur abschließenden Beschlussfassung in den Fachausschuss zu verweisen.

Da sich keine Gegenrede ergibt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis zur endgültigen Beschlussfassung in den Fachausschuss abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür

Zu TOP 10.

Pilotprojekt zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023

A-53/2023

Abgeordneter L. Müller (CDU) informiert, dass sich der Antrag auf ein Programm beziehe, dass das Land Niedersachsen zur besseren Gewinnung ausländischer Ärztinnen und Ärzte aufgelegt habe. Im Dezember 2022 seien 59.883 Ärzte aus dem Ausland in Deutschland tätig gewesen (23.476: EU). Sie alle würden sehr gebraucht. Anreiz für weitere ausländischen Ärztinnen und Ärzte könne sein, wenn Unterstützung vor Ort bei Verwaltungsprozessen zur Erlangung der Approbation sowie auf dem Weg in eine Arztpraxis geboten werde. Wenn der Kreis zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung über ein Programm diese Unterstützung biete, sehe er darin auch einen Standortvorteil. Besonders im Raum Haiger – Dillenburg habe man noch freie Stellen als Allgemeinmediziner, so dass er Bedarf für das solches Projekt sehe.

Abgeordneter Wagner (AfD) hinterfragt den Antrag statistisch. Im vorletzten Jahr habe sich die Zahl der Ärztinnen und Ärzte um 1,7 % erhöht (2020: +2,5%). Er schließt daraus, dass man eigentlich keine Ärztinnen und Ärzte brauche. Das Problem liege vielmehr in einer Zunahme der Zahl der Patientinnen und Patienten um 10% pro Jahr. Dadurch, dass immer planwirtschaftlicher gearbeitet werde, würden Menschen vermehrt krank. Auch in den Schulen verzeichne man eine Zunahme der Krankheitsfälle durch Stress und Druck. Man müsse daher daran arbeiten, die Zahl der Patientinnen und Patienten zu senken. Wenn man Ärzte anwerbe, fehlten diese schließlich in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) rechnet ebenfalls mit einer Zunahme von Patientinnen und Patienten in den nächsten Jahren, sieht dies aber der Demografie geschuldet. Der Mangel an Ärztinnen und Ärzten könne nicht mit der Gewinnung ausländischer Fachkräfte beseitigt werden. Diese würden in den Herkunftsländern gebraucht. Außerdem würden sie vornehmlich in Länder gehen, in denen die Sprache schnell erlernt werden könne und die Bezahlung stimme. Sie rechne daher nur mit einem kurzzeitigen Effekt. Im Rahmen der Gesundheitsreform habe man Möglichkeiten, neue Wege mit besseren Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende, Abbau von Bürokratie und Minimalisierung der finanziellen Belastung einer Praxis zu gehen. Man könne etwa das kommunale Krankenhaus mit kommunalen Gesundheitszentren für angestellte Ärztinnen und Ärzte ausstatten.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) sieht nur eingeschränkte Möglichkeiten des Kreises, für eine Einflussnahme. Die rechtlichen Möglichkeiten würden bereits weit ausgeschöpft und befänden sich in der Weiterentwicklung. Im Sozialausschuss habe man sich mehrfach mit der Ärzteversorgung im ländlichen Bereich, insbesondere im Nordkreis, beschäftigt. Für das angesprochene Projekt könne es auch in Hessen Initiativen geben. Das, was man im Kreis mache, gehe aber schon länger darüber hinaus. Er nennt die Kooperation mit der Tochtergesellschaft, Lahn-Dill-Kliniken GmbH, das

Landarztnetz und die Rekrutierung von Ärztinnen und Ärzten über das Bundesgebiet hinaus. Neue Projekte würden nicht weiterhelfen, wenn sie nicht zu der vorhandenen Struktur passten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landarztnetz und der Kassenärztlichen Vereinigung die Einrichtung eines Pilotprojekts zur Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten nach dem Vorbild des niedersächsischen Projekts "Bridge" und die Verfügbarkeit von Fördermitteln zu prüfen und - bei Aussicht auf Erfolg - ein ähnliches Programm konzipieren und initiieren. Das Ziel dieses Programms soll darin bestehen, ausländische Ärztinnen und Ärzte bei der Bewältigung administrativer Hürden, der Kontaktaufnahme mit bestehenden Arztpraxen über ein Traineeprogramm sowie die Vermittlung von geeigneten Sprachkursen zu unterstützen und den Lahn-Dill-Kreis auf diese Weise für Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland zu einem attraktiven Standort zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

21 Ja-Stimmen (20 CDU, 1 AfD)

48 Nein-Stimmen (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 5 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)

2 Enthaltungen (DIE LINKE)

Zu TOP 11.

Pimp your town

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023

A-54/2023

Abgeordneter Braun (CDU) bezieht sich auf das Fazit des letzten „Pimp your Town“-Projektes: „Das Projekt war sehr erfolgreich und hat größtenteils großen Spaß gemacht. Man konnte extrem viel lernen, wie echte Politik funktioniert und wie man das als Redaktion begleitet und es waren tolle Erfahrungen. Es war schön, einen kleinen aber detailreichen Einblick in die Kommunalpolitik zu bekommen – dass man selbst mal sehen kann, wie Straßen und Kindergärten gebaut und beantragt werden und es von einer Idee zu einem Punkt auf der Tagesordnung kommt“. Als Schulträger sei man nicht für die Unterrichtsinhalte zuständig - mit dem Projekt „Pimp your Town“ habe man jedoch ein Beteiligungsformat angeboten, das auch angenommen worden sei. Dies sei auch eine bereichernde Erfahrung für die teilnehmenden Kreistagsabgeordneten gewesen, so dass man das Projekt verstetigen wolle. Es wecke Lust auf Demokratie und Beteiligung.

Abgeordnete Kunz (SPD) sieht das Projekt ebenfalls als vollen Erfolg an. Dies habe sie den Rückmeldungen schon vor Abschluss der Evaluation entnommen. Sie freue sich, wenn mehr Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhielten, mitzumachen, Demokratie zu erleben, Anträge zu schreiben, Prioritäten zu setzen, zu diskutieren, Kompromisse zu schließen und sich auszuprobieren. Demokratie sei nicht leicht, mache aber Freude und bringe jeden persönlich weiter, wenn andere Blickwinkel eingenommen würden. Im Sinne des Austausches stelle man einen Alternativantrag (siehe Anlage).

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt eine Zwischenfrage. Er fragt nach den Geldern, die die bisherige Aktion „Pimp your town“ gekostet habe. **Abgeordnete Kunz (SPD)** antwortet, dass man ihr die Auskunft gegeben habe, dass 10.000 € für etwa 5 Schulen, einschließlich einer Evaluation, reichen würden.

Abgeordnete Kunz (SPD) fährt fort, dass die Ergebnisse bereits vorliegen würden. Sie hofft, dass das Projekt auch weiterhin erfolgreich sein werde.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** wird der Antrag übernommen. Er lässt daher über den Antrag der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird mit der Evaluation des durchgeführten Projekts „Pimp your town“ beauftragt. Das Ergebnis soll als Bericht auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses aufgenommen werden.
 2. Der Kreisausschuss wird beauftragt im Haushaltsplan für die Jahre 2024 und 2025 entsprechende Mittel einzuplanen, damit weitere „Pimp your Town“-Projekte an den heimischen Schulen durchgeführt werden können. Es ist anzustreben, dass mindestens fünf Schulen pro Jahr an einem Projekt teilnehmen können.
1. Der Kreisausschuss wird gebeten, die vorliegende Evaluation von Pimp your Town, im Sozialausschuss vorzustellen und mit den Mitgliedern zu beraten.
 2. Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Summe von 10.000 € pro Haushaltsjahr im kommenden Doppelhaushalt vorzusehen, mit dem Ziel pro Jahr ein weiteres Projekt von Pimp your Town mit ca. 5 Schulen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 12.

Wohnraum für Auszubildende

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 25.09.2023

A-60/2023

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) stellt voran, dass die Bundesregierung im März 2023 ein Förderprogramm „Junges Wohnen“ aufgerufen habe. Ziel sei es, Wohnraum für junge Studierende und Auszubildende zu beschaffen. Der Kreisausschuss solle prüfen, ob es sinnvoll sei, dieses Förderprogramm in Anspruch zu nehmen. Hierfür brauche man die Expertise von Betrieben, Kammern, Schulen, Azubis, Kommunen und Gewerkschaften. Im Vorfeld stelle sich die Frage des konkreten Bedarfs der Azubis im Kreis und des Bedarfs, Azubis aus anderen Landkreisen unterzubringen. Es sei zu klären, für welche Betriebe und Berufe es eine Rolle spiele und ob es um dauerhaften Wohnraum für die Ausbildung gehe, oder um kurzfristige Unterbringung für die Klassen mit Blockbeschulung. Auch stelle sich die Frage nach einem Betreiber für ein solches Wohnheim und um den Standort. Letztlich seien Kosten zu klären.

Abgeordneter S. Panten (CDU) befürchtet, dass man sich das alles nicht leisten könne. Um alles zu evaluieren rechne er allein mit Prüfkosten von 10.000 €. In der Sache halte er den Kreis nicht für zuständig, da er keine Mittel aus dem Förderprogramm „Junges Wohnen“ beantragen könne. Es sei nicht schlecht dafür zu sorgen, dass weitere junge Menschen aus anderen Kommunen oder Ländern in den Lahn-Dill-Kreis kämen und die Möglichkeit hätten, in der Region eine Ausbildung zu machen und dort tätig zu sein. Ausbildungsbetriebe würden es jedoch schon jetzt gut hinbekommen, ihre Auszubildenden, die von weiter her kämen, in privaten Angeboten kostengünstig unterzubringen. Wenn ein Wohnheim an einem bestimmten Ort errichtet würde, müssten Auszubildende von Firmen anderer Regionen weiterhin lange Wege in Kauf nehmen. Er gehe daher davon aus, dass das Projekt für den ländlichen Raum nicht geeignet sei. Wenn der Kreis in dem Projekt aktiv werden sollte, sei schließlich mit hohen Investitionskosten zu rechnen. Dies sei angesichts vieler zu priorisierender Schulbauprojekte gut zu überlegen.

Abgeordneter Mulch (AfD) fragt nach den zu erwartenden Kosten für den Prüfauftrag. Solange diese nicht feststünden, könne er nicht zustimmen.

Landrat Schuster führt aus, dass er sich auf Einladung des Abgeordneten J.-M. Müller (CDU) mit dem Regierungspräsidenten Dr. Ullrich, dem Hauptgeschäftsführer der IHK und Bürgermeister Lotz am 1. November in Dillenburg getroffen habe, um auszuloten, ob im Gestüt Wohnungen entstehen könnten. Die IHK habe angekündigt, dass sich die Berufsschulwelt dahingehend verändern werde, dass auch in Dillenburg Landesfachklassen und Blockklassen mit auswärtigen Schülerinnen und Schülern gegründet würden, die fußläufig günstigen Wohnraum benötigten. Zusammen mit der IHK und weiteren Akteuren sollten die Möglichkeiten erarbeitet und geprüft werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktionen SPD, Bgo/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, gemeinsam mit allen ausbildungsrelevanten Akteuren (IHK und Handwerkskammer, berufliche Schulen, Städte und Gemeinden, Gewerkschaften) im Kreis zu prüfen, wie und unter welchen Voraussetzungen der Bau eines zentral gelegenen Wohnheimes für Auszubildende im Rahmen des Bundesprojektes „Junges Wohnen“ zu realisieren ist. Das Ergebnis soll anschließend im Bildungs- und Bauausschuss vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

63 Ja-Stimmen (19 CDU, 19 SPD, 12 Bgo/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

6 Nein-Stimmen (AfD)

2 Enthaltungen (1 CDU, 1 fraktionslos)

Zu TOP 13.

Antisemitismus konsequent bekämpfen - Solidarität mit Israel

Antrag der CDU-Fraktion vom 19.10.2023

A-62/2023

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Volkmann (CDU) führt aus, dass man es beim Thema Staatsräson, Antisemitismus und Israel nicht bei Floskeln belassen dürfe. Er ruft in Erinnerung, wie Terroristen der Hamas am 7. Oktober Zivilisten kaltblütig erschossen und Leichen verstümmelt hätten. Gleichzeitig habe er den unverhohlenen Jubel der vermeintlichen Zivilisten in Gaza wahrgenommen. Nicht nur bei den Betroffenen stelle sich die Frage nach dem Sinn dieser Barberei. Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt sollte vermittelt werden, dass es wieder passiere und wieder passieren könne. Dies sei auch ein Angriff auf die eigene Staatsräson des „Nie wieder!“. Selbst auf hessischen Straßen werde dieser Terror offen gefeiert und Jüdinnen und Juden würden von Antisemiten bedroht. Die Israelfahne der eigenen Kreisgeschäftsstelle sei abgerissen worden. Dabei sehe er insbesondere einen migrantischen Antisemitismus islamistischer Prägung. Dieser sei für ihn eine moderne Form des Faschismus. Der Umgang mit dieser unbequemen Realität müsse enden und es müsse auf allen Ebenen umgesteuert werden. Gleichzeitig sei jeder, der loyal zum deutschen Staat stehe, unabhängig von seiner Herkunft herzlich willkommen. Es brauche eine Sensibilisierung für Radikalisierung, Aufklärungsmaterial für Flüchtlinge und eine klare Linie im Umgang mit Moscheeverbänden. Zum Alternativantrag der Koalition äußert er Zweifel, dass eine Sondersitzung des Wir-Beirates dazu beitragen werde, dass Haltungen weisungsgebundener Imame verändert würden. Er fordert die Beendigung jeder Kooperation des Landkreises mit Islamverbänden wie DITIB, die allenfalls doppelzüngige Erklärungen zum Selbstverteidigungsrecht Israels abgeben

würden. Er schließt mit dem Bekenntnis, dass man fest an der Seite Israels und für den Schutz jüdischen Lebens stehe.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sieht die Resolution als geboten an, da das Schicksal Deutschlands und Israels seit den Morden in der NS-Zeit untrennbar miteinander verbunden sei. Die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson, da die terroristischen Vorgänge in Israel durch antisemitische Vorfälle einen Widerhall in der eigenen Gesellschaft gefunden hätten. Er bringt daher einen Alternativantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP ein. Zentraler Punkt sei, dass die Gräueltaten der Hamas klar benannt und die Terrorangriffe auf das Schärfste verurteilt würden. Schuld für die aktuelle Eskalation liege allein bei der Hamas. Gleichzeitig zeige man Solidarität mit Israel und begrüße das Hissen der israelischen Flagge. Antisemitismus speise sich aus unterschiedlichen Quellen, gleichwohl verzichte man auf die Nennung, da man keine Quelle als gut oder schlecht hervorheben oder ausblenden wolle. Unstrittig sei, dass es in migrantischen und islamistischen Kreisen Antisemitismus gebe, der nichts anderes als eine Täter-Opfer-Umkehr bedeute. Daher wolle man den Wir-Beirat auffordern, tätig zu werden. Antisemitismus sei jedoch nicht ausschließlich ein migrantisches Problem. Er habe durch Parteien am rechten Rand Auftrieb erhalten. Zum CDU-Antrag sagt er, dass er die Schulung von Mitarbeitenden der Kreisverwaltung nicht als geeignet ansehe, da zu Unrecht unterstellt werde, sie seien antisemitisch oder hätten beruflich Kontakt zu Menschen mit antisemitischen Potential. Außerdem sei der Kreis keine Strafverfolgungsbehörde und führe keine Gesinnungsprüfung durch.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) verurteilt die entsetzlichen Terrorangriffe der Hamas auf Israel auf das Schärfste. Die zahlreichen Morde, der Raketenbeschuss und die Entführung von Geiseln seien schockierend und das barbarische Massaker ein Akt der Grausamkeit ohne Rechtfertigung. Sie verurteile darüber hinaus jeglichen Antisemitismus. Mit ihren Angriffen auf Israel habe die Hamas auch die palästinensische Bevölkerung in Gefahr gebracht. Auch dort gebe es viele Todesopfer. Sie erkläre sich solidarisch mit der israelischen Bevölkerung. Auf das „Ja“ zum Existenzrecht Israels dürfe es kein „Aber“ geben. In der Frage, was nach dem Krieg komme, stünde sie an der Seite aller demokratischen Kräfte, die nicht zulassen würden, dass Hass die Oberhand gewinne und die an eine Zukunft glaubten, in der alle Menschen in der Region friedlich in Würde und Sicherheit zusammenleben könnten. Antisemitismus sei unabhängig davon zu verurteilen, ob er von links, rechts oder der migrantischen Seite stamme. Sie plädiere daher für verbesserte Integration und politische Bildung.

Abgeordneter Mulch (AfD) wünscht sich bei der Beschreibung bilateraler Beziehungen in ernstem Zusammenhang sachlichere Formulierungen. Selbstverständlich habe Israel jedes Recht, sich zu verteidigen. Dieses Recht stoße jedoch an Schranken, wenn es mit den Geboten der Humanität und dem Leben hunderttausender Menschen kollidiere, die von einer Terrororganisation als lebende Schutzschilder missbraucht würden. Die geforderte uneingeschränkte Solidarität bedeute, dass sie den Tod der Menschen als Kollateralschaden billigend in Kauf nehme. Er sei daher nicht bereit, schrankenlose Solidarität auszusprechen. Die Absicht, den Menschen in Flüchtlingsunterkünften mit Flyern den Nahostkonflikt und das Existenzrecht Israels zu erklären, halte er für weltfremd. Viele von ihnen hätten den Judenhass von Geburt an aufgenommen. Der Antisemitismus zu ihrer Staatsräson und Gesellschaft gehört. Man könne ihnen keine anderen Werte mehr vermitteln. Migrantischen Antisemitismus könne man nur bekämpfen, indem man die Betroffenen nicht mehr ins Land lasse oder des Landes verweise. Für migrantischen Antisemitismus in Deutschland trage die CDU die Verantwortung. So habe sie in der Vergangenheit auch einen Antrag seiner Fraktion zu DITIB entgegen ihrer aktuellen Forderung abgelehnt.

Abgeordnete Kunz (SDP) führt aus, dass man fest an der Seite Israels stehe. Man sei bestürzt und erschüttert wegen der Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an den Menschen jüdischen Glaubens verübt habe. Man verurteile den feigen Terrorangriff der Hamas gegen Israel vom 7. Oktober auf das Schärfste. Die Schuld trage allein die Hamas und es gebe keine Rechtfertigung.

Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werde nicht geduldet. Man stelle sich jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegen. Zwischen all den genannten Sätzen dürfe es kein „Aber“ geben. Wenn man anfangs nur über den Antisemitismus zu sprechen, der die Komfortzone nicht betreffe, dann mache man dies nicht, um ihn zu bekämpfen, sondern um sich selbst zu profilieren. Die Prioritäten des Wir-Beirates seien seit dem 7. Oktober deutlicher geworden: Demokratie, Rechte und Pflichten aufzeigen, gemeinsam zusammenfinden, sich klar zu dem zu bekennen, was die Gesellschaft ausmache. Zum CDU-Antrag sagt sie, dass Fahrten zu Gedenkstätten nur diejenigen erreiche, die erreicht werden wollten. Mitarbeitende, die tagtäglich mit geflüchteten Menschen zu tun hätten, hätten sich längst mit diesem Thema auseinandergesetzt. Faltblätter zum Nahostkonflikt Einrichtungen des Kreises hätten bestenfalls regionale Auswirkungen.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand spricht auch als Vorsitzender des Präventionsrates sowie Wir-Beirates. Man habe sich in diesen Gremien seit vielen Jahren kontinuierlich mit den Extremen der Gesellschaft und insbesondere mit Antisemitismus auseinandergesetzt. Er begrüßt die Initiativen der Antragsteller und die Auseinandersetzung, auch weil Antisemitismus bereits seit Jahrzehnten in der Gesellschaft vorhanden sei. 2018 habe man den Schwerpunkt des Präventionsrates am Antisemitismus ausgerichtet und die Bildungsstätte Anne-Frank mit ihrer historisch politischen Bildungsarbeit und der Symbolkraft ihres Tagebuches in einer Sitzung zum Thema gemacht. 2019 habe man als Jahr des Antisemitismus ausgerufen und einen Präventionsabend mit 100 Gästen in Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, dem Bistum Limburg, dem Landespräventionsrat Hessen, dem Kreis und der Bildungsstätte Anne-Frank durchgeführt. Alte und neue Formen der Judenfeindlichkeit seien thematisiert worden. Auch 2022 habe man eine Reihe von Fachveranstaltungen und Diskussionen zum Antisemitismus und 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland durchgeführt. Auf kritische Entwicklungen sei schon damals hingewiesen worden. Im Juli dieses Jahres habe man im Rahmen einer Demokratiekonferenz an der Goetheschule in Wetzlar das Thema Medienkompetenz, Verschwörungserzählungen, Hate-Speech und Antisemitismus behandelt und Maßstäbe gesetzt.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) bezieht sich auf ein Interview „Wo sind die Demonstrationen im Land des „Nie wieder““ mit Igor Levit. Er habe gefragt, warum niemand gegen die Umfrageerfolge der Rechtsextremen auf die Straße gehe. Am 7. Oktober habe man nun eine Zeitenwende erlebt. Der Staat Israel sei einem Terroranschlag zum Opfer gefallen. Die Hamas habe das klare Ziel, den Staat Israel und weltweit die Juden zu vernichten. Dies könne man nur ablehnen. Ein Zusammenleben mit Antisemiten sei daher nicht möglich. Zusammen mit der Gesellschaft für christlich jüdische Zusammenarbeit in Dillenburg habe man die Veranstaltung „Ich bin noch nie einem Juden begegnet“ durchgeführt. Dies zeige, dass Juden schon lange vor dem 7. Oktober Angst hätten, ihre Religion offen zu zeigen. Am CDU-Antrag störe sie die Beschränkung auf den islamischen Antisemitismus. Auch wenn dieser derzeit zentral sei, dürfe man andere Ausformungen nicht übersehen. Daher stelle man den Antrag auf breitere Füße. Die Demonstrationen in Deutschland, die die Hamas bejubelten, seien abzulehnen. Nicht übersehen dürfe man aber, dass die Palästinenser ebenso wie die Juden unter der Hamas leiden würden. In dieser schwierigen Situation stehe man klar an der Seite Israels und erkenne deren Existenzrecht an.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) findet es widersprüchlich, dass ein Staat unterstützt werde, der eine „Blut und Boden“-Ideologie unterstütze. Die Bilder über viele tote Zivilisten seien erschütternd. Dennoch müsse man sich die Frage stellen, wie es soweit kommen konnte. Der israelische Geheimdienst sei einer der besten weltweit, das Militär gut ausgebildet und ausgestattet und der Gazastreifen die am besten bewachte Grenze der Welt. Man habe hierauf nur eine einseitige Blickweise, während es ihm schwerfalle, sich solidarisch mit dem Staat Israel zu zeigen. Solidarisch sei er mit den Opfern, allerdings mit allen Opfern. Am CDU-Antrag kritisiert er, dass Israel jedes Recht zugesprochen werde. Danach handele Israel bereits und bombardiere unter anderem auch

Flüchtlingslager. Die Antisemiten habe man sich mit der Flüchtlingspolitik der letzten Jahre selbst ins Land geholt.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) fordert den Abgeordneten Hantusch (fraktionslos) während dessen Rede auf, zum Thema zurückzukehren.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) sieht eine neue Situation darin, dass man die Veranstaltung der Gesellschaft für christlich jüdische Zusammenarbeit in Dillenburg unter Polizeischutz habe stellen müssen. Davor dürfe man die Augen nicht verschließen. Angesichts der Zäsur am 7. Oktober fordert er auf, die Standpunkte zur Integration zu hinterfragen. Viele antisemitische Straftaten kämen aus dem migrantischen Bereich. Ein 4-wöchiger Staatsbürgerschaftskurs als Integrationsmaßnahme funktioniere seiner Meinung nach nicht, ebenso wie die genannten Maßnahmen im Präventionsrat sowie Wir-Beirat. Dies liege am fehlenden Integrationswillen der Betroffenen.

Abgeordneter Braun (CDU) sieht es so, dass man mit den Anträgen im Kern nah beieinander sei. Es habe nicht viel gefehlt, dass es zu einem gemeinsamen Antrag gekommen wäre. Als CDU-Fraktion sei wichtig, dass die Forderung nach Schulungsangeboten nicht falsch verstanden werde. Es gehe lediglich um eine Sensibilisierung und man wolle nichts unterstellen. Er verweist auf den Antrag worin ausdrücklich jede Form des Antisemitismus abgelehnt werde. Dies umfasse den religiösen Antisemitismus, den sozialen, den politischen, den rassistischen, den sekundären, den antizionistischen, den links- und rechtsradikalen und den Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Man hebe niemand hervor, vernachlässige keinen und lehne stattdessen alle Formen ab.

Auf Antrag des **Abgeordneter Mulch (AfD)** gewährt **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU)** eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen nimmt die Sitzung wieder auf.

Abgeordneter Mulch (AfD) sagt zum Alternativantrag der Koalition, dass dieser aus Worthülsen bestehe. Das eigentliche Problem werde nicht benannt. Dennoch werde man zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

20 Ja-Stimmen (19 CDU, 1 AfD)

50 Nein-Stimmen (19 SPD, 12 B90/die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 5 AfD, 2 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Schließlich lässt **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen** über den Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreistag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite Israels. Der Kreistag verurteilt die feigen Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die Schuld für die aktuelle Eskalation alleine die Hamas trägt. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Kreis keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von

Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet. Der Kreisausschuss wird gebeten, hierbei alle rechtsstaatlich zulässigen Mittel zu ergreifen.

3. Der Kreistag begrüßt Solidaritätsadressen wie das Hisen israelischer Fahnen vor öffentlichen Gebäuden. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, gegenüber dem israelischen Generalkonsulat unser Mitgefühl auszusprechen.

4. Der Kreistag sieht mit Sorge den wachsenden Antisemitismus in Deutschland, aber auch im Lahn-Dill-Kreis, der sich aus unterschiedlichen Quellen speist. Der Kreistag tritt jeder Form des Antisemitismus entschieden entgegen. Jüdische Menschen müssen im Lahn-Dill-Kreis angst- und diskriminierungsfrei leben können. Soweit dem Kreisausschuss antisemitische Vorfälle in Einrichtungen des Lahn-Dill-Kreises bekannt werden, wird er gebeten, diesem mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.

5. Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer Demokratischen Gesellschaft sein. Der Kreistag bittet daher den Kreisausschuss, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine Sondersitzung des WIR-Beirates einzuberufen. Im Rahmen der Sondersitzung muss klargemacht werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

69 Ja-Stimmen (19 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 6 AfD, 2 DIE LINKE)

1 Nein-Stimmen (fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 14.

Informationsveranstaltungen zu Wahlergebnissen

Antrag der CDU-Fraktion vom 19.10.2023

A-63/2023

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) trägt vor, dass seit vielen Jahrzehnten die Wahlergebnisse von Wahlen im Kreishaus oder zuvor in der Berghütte, getrennt nach Wahlkreisen, bekannt gegeben worden seien. Man habe sich dort mit den Kandidaten verschiedener Parteien sowie Bürgerinnen und Bürgern getroffen. Dieses Jahr sei diese Veranstaltung ausgefallen. Das Zeigen der Wahlergebnisse halte er angesichts von Politikverdrossenheit für wichtig. Man habe vielen Menschen die Möglichkeit genommen, sich den Ausgang der Landtagswahl live anzusehen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt aus, dass die Durchführung derartiger Veranstaltungen sehr aufwendig sei. Bei überregionalen Wahlen auf Bundes-, Landes- oder europäischer Ebene stünden typischerweise genügend Informationen im Internet und im Fernsehen in Echtzeit bereit, sodass er keinen Bedarf für eine gesonderte kreisbezogene Informationsveranstaltung sehe. Bei Direktwahlen zur Besetzung von Kreisgremien, wie bei der Wahl des Kreistages oder der Wahl einer Landrätin oder eines Landrates, beurteile er dies anders. Diese Wahlen würden den Kreis in besonderer Weise betreffen und würden erst mit Zeitverzug im Internet verfügbar gemacht. Daher sehe er für diese Wahlen ein öffentliches Interesse zur Durchführung einer Informationsveranstaltung.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) fragt, ob der Redner der Auffassung sei, dass überregionale Wahlen, wie beispielsweise die Landtags- oder Bundestagswahl keinerlei Auswirkungen auf den Lahn-Dill-Kreis hätten. **Abgeordneter Dr. Büger (FDP)** bestätigt die Auswirkungen dieser Wahlen auf den Lahn-Dill-Kreis. Dies allein sei jedoch kein Grund, eine Wahlveranstaltung durchzuführen. Man solle diese vielmehr auf der jeweiligen Ebene ausrichten. Zur Landtagswahl gebe es beispielsweise eine große Veranstaltung im Hessischen Landtag.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) ergänzt, dass der Kreistag nicht über die Durchführung von Wahlveranstaltungen entscheide. Diese Entscheidung treffe vielmehr der Kreiswahlleiter. Man könne bestenfalls eine Empfehlung aussprechen. Er bringt einen entsprechenden Alternativantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP ein (siehe Anlage).

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abgeordneter Mulch (AfD) führt aus, dass seine Fraktion dem CDU-Antrag zustimmen werde und weist die Aussagen des Landrats mit Blick auf das Wahlergebnis bei den Landtagswahlen zurück.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

27 Ja-Stimmen: (18 CDU, 2 DIE LINKE, 6 AfD, 1 fraktionslos)

36 Nein-Stimmen: (15 SPD, 12 B90/Die Grünen, 5 FWG, 4 FDP)

1 Enthaltung (FWG)

Anschließend lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Alternativantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

~~Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Informationsveranstaltung zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch den Lahn-Dill-Kreis künftig wieder durchzuführen. Auf eine öffentliche Darstellung der Wahlergebnisse im Kreistagssitzungssaal ist nicht mehr zu verzichten.~~
Der Kreistag empfiehlt dem Kreiswahlleiter, bei Direktwahlen zur Besetzung von Kreisgremien (Kreistag, Landratswahl) zur Bekanntgabe von Wahlergebnissen im Kreishaus am Wahlabend eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

37 Ja-Stimmen (15 SPD, 12 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 FDP)

8 Nein-Stimmen (6 AfD, 2 DIE LINKE)

19 Enthaltungen (18 CDU, 1 fraktionslos)

Zu TOP 15.

Vorrang Sachleistungsprinzip für alle Asylbewerber

Antrag der AfD-Fraktion vom 23.10.2023

A-64/2023

Abgeordnete Niggemann (AfD) führt aus, dass die Verantwortlichen des Kreises und der Kommunen im Bereich der illegalen Einwanderung nicht mehr Herr der Situation seien. Flüchtlingsunterkünfte würden wie Pilze aus dem Boden sprießen. Die Interessen der Bürgerschaft hätten gegenüber den Interessen der Migranten zurückzustehen. Begründet werde dies damit, dass man Obdachlosigkeit verhindern wolle oder rechtlich dazu verpflichtet sei. Die finanziellen Folgen seien katastrophal. Daher sollten vorrangig Sachleistungen an Asylbewerber ausgezahlt werden.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) ist der Ansicht, dass der Antrag wegen des hessischen Sondierungspapiers der Großen Koalition erledigt sein könnte. Aktuell werde die Migration als Hauptschuldige an allen Problemen bemüht. Das Sozialsystem ächze jedoch nicht unter der Last der Geflüchteten, sondern unter der Vernachlässigung der letzten Jahrzehnte. Anstatt an der

Integration zu arbeiten, würden die bestehenden, integrierenden Strukturen zerstört. Außerdem belaste man die Kommunen mit der Einführung von Sachleistungen zusätzlich.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) weist die Wortwahl der Antragsbegründerin entschieden zurück. Er habe grundsätzlich nichts gegen das Sachleistungsprinzip, da es eine Finanzierung von Schleuserkriminalität reduziere. Als Kreis sei man jedoch nicht der richtige Adressat für das Anliegen. Es gebe längst eine Verständigung auf Bundesebene. Für die Umsetzung brauche es eine Kooperation der Länder.

Abgeordneter Wagner (AfD) geht auf die Reihenfolge ein. Als man den Antrag gestellt habe, seien die Vorhaben noch nicht bekannt gewesen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises fordert den Kreisausschuss auf, die Auszahlung von Bargeld an alle Asylbewerber bis auf ein Taschengeld, das den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entspricht, einzustellen und stattdessen ausschließlich Sachleistungen bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

54 Nein-Stimmen (17 CDU, 15 SPD, 12 B90/Die Grünen, 4 F'WG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

0 Enthaltungen

Zu TOP 16.

Gelbe Tonne

Antrag der AfD-Fraktion vom 23.10.2023

A-65/2023

Abgeordnete Hermann (AfD) schildert als Problem, dass die gelbe Tonne vielerorts einfach nicht abgeholt werde. Dies führe zunehmend zu Unmut in der Bevölkerung und zu vermehrten Beschwerden. Es handele sich nicht um Einzelfälle – auch andere Landkreise seien betroffen. Problematisch sei, dass das Leeren der gelben Tonne nicht in Händen der Abfallwirtschaft (AWLD) Lahn-Dill liege, die ihrer Verpflichtung zur Abfallentsorgung deutlich zuverlässiger nachkomme. Die Zuständigkeit liege beim Dualen System Deutschland, die wiederum kommunale Entsorgungsunternehmen beauftragen würden. Würden die Tonnen nicht geleert, könne die AWLD nach 48 Stunden eine Ersatzvornahme durchführen. Dies sei jedoch keine nachhaltige Lösung.

Erster Kreisbeigeordneter Esch gibt zu bedenken, dass sich die Zeiten geändert hätten und man etwa deutlich längere Wartezeiten für Ersatzteile der LKWs einplanen müsse, was zu Problemen bei Abfallentsorgungsunternehmen führe. Außerdem hätten die Firmen mit Personalmangel zu tun, was insgesamt zu den beschriebenen Versäumnissen führe. Das Duale System habe ein Unternehmen mit der Abfuhr beauftragt und bezahlt. Als Kreis nehme man die Missstände wahr, sei jedoch nicht befugt oder in der Lage, mit den betreffenden Firmen zu verhandeln. Da man mit weiteren Ausfällen rechnen müsse, habe man sich in der Betriebskommission der AWLD dazu durchgerungen, ein Fahrzeug anzuschaffen, das im Notfall auf dem Wege der Ersatzvornahme einspringen und alle Abfallsorten abtransportieren könne. Ein Fahrer werde hierfür ebenfalls abgestellt werden. Die Kosten müssten ggfs. dem Dualen System in Rechnung gestellt werden.

Abgeordneter Mulch (AfD) sieht die Ersatzvornahme nicht als Dauerlösung an. Er fragt, ob es nicht zielführender sei, auf die Firma zuzugehen und Unterstützung anzubieten. **Erster Kreisbeigeordneter Esch** antwortet, dass es bereits intensiven Austausch mit den Firmen gebe. Personelle und genannte sachliche Gründe führten zu den Versäumnissen. Für das Erarbeiten einer langfristigen Lösung sei man jedoch weder befugt noch in der Lage.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) macht darauf aufmerksam, dass alles, was man mache, durch die AWLD über Gebühren auch bezahlt werden müsse. Die gelbe Tonne werde jedoch über das Duale System Deutschland finanziert. Die Kosten für die Entsorgung der Verpackung seien im jeweiligen Kaufpreis des Produktes enthalten. Wenn der Abtransport des Abfalles durch beauftragte Unternehmen nicht rechtzeitig erfolge, könnten Ersatzvornahmen ausgeführt werden, die im Rahmen von Vertragsstrafen in Rechnung gestellt werden könnten. Der AWLD habe für diese Fälle beschlossen, ein Pufferfahrzeug anzuschaffen. Für dessen Einsatz im Bereich der gelben Tonne sei der Kreisausschuss jedoch nicht zuständig, sondern die Betriebskommission der AWLD. Da die Menschen im Kreis betroffen seien, finde er es dennoch gut, darüber zu sprechen. Auch durch Einsatz von Technik könnten Verbesserungen erzielt werden, indem man über den Endkunden über verspätete Abholungen rechtzeitig per App unterrichte.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) trägt vor, dass man nichts verlange, das Kosten verursache. Das Pufferfahrzeug werde sowieso angeschafft.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt fest, dass die AfD-Fraktion selbst in früheren Reden stets bemängelt habe, dass man Steuergelder für unnütze Prüfungsanträge verschleudere. Mit dem vorliegenden Antrag würde jedoch unnötig Geld der Bürgerinnen und Bürger durch das offene Fenster hinausgeworfen.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) beantragt das Ende der Debatte und sofortige Abstimmung.

Abgeordneter Mulch (AfD) erhebt Gegenrede gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt somit die Debatte und lässt über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss möge prüfen, ob die Möglichkeit einer ergänzenden Unterstützung des mit der Verteilung und Leerung der Gelben Tonne beauftragten Unternehmens durch den Lahn-Dill-Kreis oder seinen Eigenbetrieb AWLD besteht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

54 Nein-Stimmen (17 CDU, 15 SPD, 12 B90/Die Grünen, 4 F'WG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

0 Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 17:30 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 23.11.2023

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

Unterrichtung des Kreistages des Lahn-Dill-Kreises bezüglich eines Amtshilfeersuchens des Landrates des Landkreises Siegen-Wittgenstein;

Kreistagssitzung vom 13.11.2023

Auf die Südwestfalen IT (SIT) hat es einen Cyberangriff gegeben. Betroffen sind auch einige Zulassungsstellen und Fahrerlaubnisbehörden in Nordrhein-Westfalen, insbesondere des Landkreises Siegen-Wittgenstein. Das Kraftfahrtbundesamt hat die Schnittstellen zu den Fachverfahren aller betroffenen Kommunen gekappt. Damit können weder die erforderlichen Abfragen in den Registern beim Kraftfahrtbundesamt erfolgen, noch die erforderlichen Eintragungen getätigt werden. Ein Zugang zu den Registern ohne Fachverfahren besteht derzeit nicht und ist auch noch unklar, ob das überhaupt möglich wäre. Es ist augenblicklich nicht absehbar, wann die Zulassungsbehörden und Fahrerlaubnisbehörden wieder erreichbar sein werden, wann Ersatzumgebungen geschaffen werden können und unter welchen Voraussetzungen das Kraftfahrtbundesamt die Schnittstellen für Fachverfahren bei den betroffenen Kommunen wieder bedienen wird.

Dies hat zur Folge, dass sowohl Leistungen im Bereich des Kraftfahrzeugzulassungswesens wie im Bereich des Fahrerlaubniswesens in den betroffenen Landkreisen nicht mehr möglich sind.

Vor diesem Hintergrund hat sich Landrat Andreas Müller, Landkreis Siegen-Wittgenstein, an mich gewandt und um Amtshilfe des Lahn-Dill-Kreises in dieser Situation gebeten.

Gleichzeitig hat sich das Land Nordrhein-Westfalen an das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen gewandt, und hat die Bitte übermittelt, dass Zulassungsstellen und Fahrerlaubnisbehörden aus an Nordrhein-Westfalen angrenzenden bzw. nahen örtlichen Zuständigkeiten im Rahmen der Amtshilfe bei Bedarf die Bearbeitung von Zulassungs- und Fahrerlaubnisvorgängen betreffend Haltern und Bürgern aus Nordrhein-Westfalen übernehmen. Insbesondere wurde um Amtshilfe der Zulassungsbehörden der Landkreise Kassel, des Landkreises Waldeck-Frankenberg, des Landkreises Marburg-Biedenkopf, des Lahn-Dill-Kreises sowie des Landkreises Limburg-Weilburg gebeten.

Ich habe Herrn Landrat Andreas Müller, unmittelbar, die Bereitschaft des Lahn-Dill-Kreises übermittelt.

Am 09.11.2023 hat sich sodann der Landkreis Siegen-Wittgenstein erstmals durch die dortige Leiterin der Zulassungsstellen auf Fachebene an die hiesige Fachdienstleiterin gewandt. Frau Breidenich hat den Abteilungsleiter berichtet, den ich bereits zuvor unterrichtet hatte, und der schon Unterrichtungen der Fachdienstleitung Fahrerlaubniswesen und Zulassungsstellen vorgenommen hatte. Unmittelbar am 10.11.2023 wurde sodann durch Herrn Leitenden Verwaltungsdirektor Strack-Schmalor für den Lahn-Dill-Kreis eine Videokonferenz mit dem Amtsleiter Öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landkreises Siegen-Wittgenstein, Herrn Thomas Schneider, initiiert und durchgeführt. Von Seiten des Lahn-Dill-Kreises waren die Fachdienste 15.2 - Fahrerlaubnisbehörden und 15.5 - Zulassungsstellen sowie die Abteilung 11 und dort insbesondere die IT involviert.

In dem Gespräch kristallisierte sich heraus, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein insbesondere infrastrukturelle Unterstützung benötigt, weil an den Amtsstellen in Siegen-Wittgenstein gegenwärtig weitgehend kein Dienstbetrieb möglich ist. Eine personelle Unterstützung erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur nachrangig notwendig, weil entsprechendes Personal beim Kreis Siegen-Wittgenstein zur Verfügung steht, was gegebenenfalls auch in den Lahn-Dill-Kreis transportiert werden kann.

In der Besprechung am Freitag wurden die ersten erkennbaren Fachfragen identifiziert, denen am heutigen Tage möglichst Antworten zugeführt werden sollen. Dabei geht es in erster Linie um die o. g. Schnittstellen und um die Möglichkeit mit den Fachanwendungen der hiesigen Behörde und den Schnittstellen der hiesigen Behörden für die Behörde in Siegen-Wittgenstein tätig zu werden bzw. ob eine Tätigkeit des hiesigen Kreises in eigener Rechtsperson für Bürger im Kreis Siegen-Wittgenstein in den Bereichen Fahrerlaubnis und Zulassung möglich wäre.

Für den morgigen Dienstag ist in Herborn eine Folgebesprechung angesetzt worden, da Videokonferenzen, im Hinblick auf die IT-Situation in Siegen-Wittgenstein, mit erheblichen Problemen behaftet sind.

Ziel ist es gegenwärtig in der Zulassungsstelle und Fahrerlaubnisbehörde in Herborn-Burg zusätzliche Arbeitsplätze einzurichten, die durch Mitarbeitende des Landkreises Siegen-Wittgenstein besetzt werden sollen, um dort Aufgaben aus dem Bereich Fahrerlaubniswesen, insbesondere aus dem Bereich Berufskraftfahrerwesen sowie Aufgaben aus dem Bereich Zulassungswesen abzuarbeiten. Nach gegenwärtiger Planung können ca. 6 Arbeitsplätze für den Bereich Zulassungswesen und 2 Arbeitsplätze im Bereich Fahrerlaubniswesen zur Verfügung gestellt werden, wobei dies bedingt, dass eigenes Personal in Herborn-Burg zusammenrücken muss und beispielsweise der Sozialraum aus der regulären Nutzung genommen werden muss. Die Beschaffung von Mobiliar, IT-Ausstattung und deren Aufbau sowie die Abstimmung der möglichen Öffnungszeiten mit dem Vermieter des Gebäudes sind Thema am Dienstag.

Über den gegenwärtigen Planungsstand ist das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen noch am Freitag durch Herrn Leitenden Verwaltungsdirektor Strack-Schmalor informiert worden. Er hat auch eine erste Information des Personalrates durchgeführt.

Gegenwärtig ist es nicht beabsichtigt, dass eigenes Personal Aufgaben des Landkreises Siegen-Wittgenstein übernimmt. Der zusätzliche Kundenverkehr in Herborn-Burg bedingt allerdings, dass es nicht vermeidbar sein wird, dass eigene Prozesse nicht in der Effektivität durchgeführt werden können, wie dies bisher gewesen ist. Dies betrifft sowohl Prozesse aus dem Bereich Zulassungswesen, wie aus dem Bereich des Fahrerlaubnisrechtes.

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

25.09.2023

Alternativantrag: Pimp your Town (A-54/2023)

Sehr geehrter Herr Volkmann,

wir bitten Sie, folgenden Alternativantrag der Koalitionsfraktionen abstimmen zu lassen:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, die vorliegende Evaluation von Pimp your Town, im Sozialausschuss vorzustellen und mit den Mitgliedern zu beraten.
2. Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Summe von 10.000 EUR pro Haushaltsjahr im kommenden Doppelhaushalt vorzusehen, mit dem Ziel pro Jahr ein weiteres Projekt von Pimp your Town mit ca. 5 Schulen durchzuführen.

Begründung:

Im Paket von Pimp your Town, die mit den Jugendlichen im Kreistagssitzungssaal gearbeitet haben, war neben dem konkreten Durchführen, die Vorbereitung, aber eben auch die Evaluation des Projekts enthalten. Die Ergebnisse liegen vor und sollen nun im Ausschuss besprochen werden.

Schon jetzt herrscht Einigkeit darüber, dass Pimp your Town ein Erfolg war. Mit Blick auf die Haushaltsberatungen möchten wir schon im Vorfeld konkreter werden und eine Hausnummer hinterlegen, die es ermöglichen wird, Pimp your Town wieder aufzunehmen. Nach dem Erfolg des ersten Projektes gehen wir davon aus, dass weitere Schulen ein Interesse haben, mitzumachen. Diese positiven Signale wollen wir bestärken.



Cirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis90/Die Grünen im
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises



Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Kreistag des Lahn-Dill-
Kreises



Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

02.11.2023

Antrag: Solidarisch an der Seite Israels: Terror bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Volkmann,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu nehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite Israels. Der Kreistag verurteilt die feigen Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die Schuld für die aktuelle Eskalation alleine die Hamas trägt. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Kreis keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet. Der Kreisausschuss wird gebeten, hierbei alle rechtstaatlich zulässigen Mittel zu ergreifen.
3. Der Kreistag begrüßt Solidaritätsadressen wie das Hissen israelischer Fahnen vor öffentlichen Gebäuden. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, gegenüber dem israelischen Generalkonsulat unser Mitgefühl auszusprechen.
4. Der Kreistag sieht mit Sorge den wachsenden Antisemitismus in Deutschland, aber auch im Lahn-Dill-Kreis, der sich aus unterschiedlichen Quellen speist. Der Kreistag tritt jeder Form des Antisemitismus entschieden entgegen. Jüdische Menschen müssen im Lahn-Dill-Kreis angst- und diskriminierungsfrei leben können. Soweit dem Kreisausschuss antisemitische Vorfälle in Einrichtungen des Lahn-Dill-Kreises bekannt werden, wird er gebeten, diesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.
5. Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein. Der Kreistag bittet daher den Kreisausschuss, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine Sondersitzung WIR-Beirats einzuberufen. Im Rahmen der Sondersitzung muss klargemacht werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen.

Begründung:

Aus seiner Geschichte heraus hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Das Existenzrecht Israels und die Sicherheit seiner Bürger ist Teil unserer Staatsräson. Deshalb ist es geboten, die terroristischen Gräueltaten der Hamas auf allen Ebenen zu verurteilen und durch klare Zeichen unser Mitgefühl mit Israel auszudrücken.

Eine besondere Verantwortung haben wir auch für Menschen jüdischen Glaubens, die in Deutschland leben. Es ist beschämend, dass in Deutschland antisemitische Vorfälle zunehmen und sich Juden nicht mehr sicher fühlen. Deshalb muss auch der Lahn-Dill-Kreis alles in seiner Macht stehende tun, um dem Antisemitismus entgegen zu wirken. Mit dem WIR-Beirat verfügt der Kreis über ein wichtiges Gremium, das in der aktuellen Situation einen Beitrag leisten kann, indem er das Existenzrecht Israels bekräftigt und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel verurteilt.



Cirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis90/Die Grünen im
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises



Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

05.11.2023

Alternativantrag zu A63: Informationsveranstaltung zu Wahlergebnissen

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Volkmann,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu nehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag empfiehlt dem Kreiswahlleiter, bei Direktwahlen zur Besetzung von Kreisgremien (Kreistag, Landratswahl) zur Bekanntgabe von Wahlergebnissen im Kreishaus am Wahlabend eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Begründung:

Grundsätzlich sind die aktuellen, lokalen Ergebnisse von öffentlichen Wahlen in Echtzeit im Internet für jeden abrufbar. Darüber hinaus wird bei landesweiten und bundesweiten Wahlen über Fernsehen und Internet sehr zeitnah über die Ergebnisentwicklung und die Trends informiert. Daher besteht insoweit kein Bedürfnis für eine gesonderte kreisbezogene Informationsveranstaltung.

Bei Direktwahlen zur Besetzung von Kreisgremien sind die lokalen Ergebnisse allerdings im Fernsehen und der Presse nur mit größerem Zeitverzug verfügbar, so dass durchaus ein öffentliches Interesse besteht, den Bürgern zeitnah durch Präsentation der einlaufenden Ergebnisse eine angemessene Informationsmöglichkeit zu geben. Dafür ist auch der dafür erforderliche Sach- und Personalaufwand des Landkreises zu rechtfertigen.


Cirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises


Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises


Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises


Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises